# UNSERE SICHT

Infoblatt für Mitglieder und Sympathisanten

1/2010

DIE LINKE.


## Rot - Rot in Brandenburg

### Minister für Finanzen
*Dr. Helmuth Markov*

Nachdem Ende Oktober letzten Jahres das Regierungsteam komplett war, staunte man in der Republik wohl am meisten darüber, dass an die LINKE ausgerechnet das Finanzressort gefallen war. „*Die können doch nicht rechnen*“, so die allgemeine Überzeugung.

Keine vier Wochen später las man dann über Helmuth Markov: Der „Hüter des Haushalts“ will „keinen Nachtragshaushalt“, was praktisch bedeutete, nicht mit neuen Schulden in die rot-rote Koalition zu starten. Stattdessen freute er sich, dass bereits „zwei Drittel der Konjunkturpaketmittel“ in Brandenburg ihre Investitionswirkung entfalten und das „öffentliche Eigentum des Landes gestärkt wurde“, nachdem im Dezember weitere Anteile an der Investitionsbank ILB in Landeseigentum übergingen.

In diesen ersten Hundert Tagen entstand der Entwurf des Haushaltsplanes für 2010. Dies bedeutete den politischen Konsens des Koalitionsvertrages in Zahlen zu gießen. „Mutig“ fand Helmuth Markov den zwei Tage vor Heiligabend gefassten Entschluss der Regierung, die Kreditaufnahme für 2010 auf maximal 700 Millionen Euro zu begrenzen – und arbeitete seither gemeinsam mit seinen Ministerkollegen daran, das Wort in die Tat umzusetzen. Und zwar ohne die Rücklagen des Landes völlig aufzubrauchen, und zwar ohne „betriebsbedingte“ oder wie auch immer begründete Kündigungen im Landesdienst, und zwar ohne die Fachressorts der Handlungsunfähigkeit Preis zu geben. Es wird nach den ersten Hundert Tagen „rot-rot“ in Brandenburg funktionstüchtige Schulen und Kindergärten

geben und ein „Schüler-Bafög“, Gerichtsstandorte werden erhalten und mehr Richter eingestellt, es wird weiterhin in die wirtschaftliche Entwicklung investiert und der Messestandort Frankfurt/Oder neu belebt, der Verbraucherschutz als soziale Aufgabe wird gestärkt und ausgebaut. Alles dies findet sich im Haushalt 2010 wieder, ist durchgerechnet und durch das Land finanzierbar. Die erste Rechnung des roten Finanzministers stimmt also – und so soll es bleiben.

## Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
*Ralf Christoffers*

Brandenburg bildet gemeinsam mit Berlin einen Wirtschafts- und Sozialraum. Die deutsche Hauptstadtregion mit den jeweiligen Standortvorteilen des Flächenlandes Brandenburg und der Metropole Berlin voranzubringen – das wollen die Wirtschaftsressorts beider Länder in enger Kooperation miteinander erreichen und unnötige Konkurrenzen vermeiden. Wichtiges Feld der Zusammenarbeit: die Innovationspolitik. „Grundzüge einer gemeinsamen Innovationsstrategie sind bereits vorhanden. Wir prüfen derzeit, wie sich auf dieser Basis eine integrierte Innovationsstrategie entwickeln lässt, in der das Landesinnovationskonzept Brandenburg und der Quadrigaprozess in Berlin aufgehen“, sagte Ralf Christoffers. Darauf hat sich der brandenburgische Wirtschaftsminister mit seinem Berliner Amtskollegen Harald Wolf verständigt.

„Wir werden auch mit Berlin abstimmen, auf welche Branchenkompetenzfelder wir uns künftig gemeinsam konzentrieren wollen“, so Christoffers weiter mit Blick auf die derzeit laufende Evaluierung der Wirtschaftsförderstrategie. Das Modell der Branchenkompetenzfelder habe sich im Grundsatz bewährt, es seien aber zu viele. Deshalb hat Christoffers das Konzept auf den Prüfstand gestellt. Ergebnisse werden Mitte des Jahres vorliegen. Danach erfolgt die Abstimmung mit Berlin über gemeinsame Wachstumsbranchen. Darüber hinaus wird Brandenburg einige weitere Felder festlegen.

Schnell greifende Einzellösungen konnten in der Wirtschaftsförderung bereits umgesetzt werden - so die Herabsetzung der Untergrenze für die Lohnkostenförderung im Rahmen der Ge-

m e i n s c h a f t s a u f g a b e „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 35.000 auf 25.000 Euro bei gleichzeitigem Verzicht auf Ausnahmen.

Gestartet wurde die neue Förderrichtlinie „Brandenburger Innovationsgutscheine“. Sie wendet sich an kleine und mittlere Unternehmen inkl. Handwerksunternehmen, die im Rahmen gemeinsamer Kleinprojekte mit Hochschulen oder Forschungsinstituten Innovationsvorhaben vorbereiten und umsetzen möchten. Mit einem Ideenwettbewerb ist zudem das „Brandenburger Innovationsprogramm zur Förderung der Implementierung neuer Lösungen für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (*ProVIEL*) an den Start gegangen. Ziel: die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien. *ProVIEL* fördert neuartige Wertschöpfungsketten, Zuliefernetzwerke, innovative Dienstleistungen und auch Prozessoptimierungen. In Kürze wird ein Frühphasenfonds für junge technologieorientierte Unternehmen aufgelegt. „Damit wollen wir die Eigenkapitalausstattung von Unternehmen verbessern, die sich noch in der Phase des Betriebsaufbaus befinden, aber in absehbarer Zeit neue Projekte Fonds besteht Bedarf, weil Privatinvestoren vielfach nicht bereit sind, das in der Frühphase bestehende hohe Risiko einzugehen.“

Angeschoben hat Minister Christoffers zudem die Einrichtung eines Bürgschaftssystems zur Vorfinanzierung von Auslandsaufträgen. Vergleichsweise kleine märkische Firmen hätten hier zunehmend Schwierigkeiten. „Wir müssen das Verhältnis von Binnen- und Exportwirtschaft besser ausbalancieren, um damit zu mehr Stabilität der Wirtschaft zu kommen“, sagte Christoffers. Das neue Instrument befindet sich derzeit in der Prüfung.

Intensiv setzt sich Minister Christoffers zudem für eine Fortführung der Kohäsionspolitik der EU ein. Diese habe sich bewährt, und es sei wichtig, dass angemessene Übergangsregelungen für die aus der Konvergenzförderung herausfallenden Regionen (Ziel 1) geschaffen würden und das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ (Ziel 2) erhalten bleibe. „Die politischen Entscheidungen, die hierzu in diesem und im nächsten Jahr fallen, entscheiden über die Entwicklung bis zum Jahr 2020 - und damit über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“, unterstrich Christoffers.

## Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
*Anita Tack*

*Im europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat Brandenburg den Vorsitz in der Verbraucherschutzministerkonferenz. Drei Fragen an Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz*

*Gibt es linke Verbraucherschutzpolitik?*

*Anita Tack*: Verbraucherschutz stärkt die soziale Gerechtigkeit. Es ist ein Politikfeld, von dem alle Bürgerinnen und Bürger täglich betroffen sind. Umfassender und wirkungsvoller Verbraucherschutz ist Grundvoraussetzung für eine gute Lebensqualität. Ich setze mich für eine qualitativ hochwertige und in alle Landesteile hinein wirkende Verbraucherberatung und -information ein. Diese darf nicht nur für Gut- und Besserverdienende, sondern muss vor allem für sozial Benachteiligte nutzbar sein.

*Was muss für einen besseren Verbraucherschutz getan werden?*

*Anita Tack*: Unsere Arbeit steht unter dem Motto: Gesunde Produkte - Faire Dienstleistungen - Mündige Verbraucher“. Zum einen müssen Verbraucher besser vor Täuschungen geschützt werden. Wo Käse drauf steht, muss auch Käse drin sein und nicht Käseimitat. Zum anderen geht es um die Stärkung der rechtlichen Position der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Anbietern. Beispielsweise müssen die zunehmende Abzocke im Internet wirksamer bekämpft und die Finanzkompetenz gestärkt werden.

*Mündige Verbraucher – ist das nicht eine Illusion?*

*Anita Tack*: Verbraucher selbst müssen in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich und mit einem guten Wissen ausgestattet richtige Entscheidungen treffen zu können. Deshalb setzen wir auf altersgemäße Bildungsangebote vom Kindergarten an. Wir alle müssen uns ständig weiterbilden. Verbraucherschutzpolitik kann den Rahmen schaffen, aktiv werden muss jeder einzelne.

## *Impfen ist die beste Prävention*

Die Grippesaison ist noch nicht zu Ende. Das Robert Koch-Institut schließt das Auftreten einer zweiten Erkrankungswelle der Neuen Grippe (Schweinegrippe) in den kommenden Wintermonaten nicht aus. Nach neuesten Erkenntnissen bietet bereits eine einmalige Impfung einen sicheren Schutz. „Alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, die es wünschen, können geimpft werden“, sagt Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. „Impfen ist der beste persönliche Schutz und schützt auch die Menschen im Umfeld.“
Sie weist darauf hin, dass für die Impfung von Schwangeren in Brandenburg 4.700 Dosen ohne Wirkverstärker zur Verfügung stehen. Alle niedergelassenen Frauenärztinnen und Frauenärzte können diesen Impfstoff über die Gesundheitsämter beziehen.

***Der Sozialismus ist doch ein gutes Fundament***

*Der Stahl des einstigen Palastes der Republik wurde auch, nach Angaben der Abrissfirma aus Sachsen-Anhalt, im höchsten Turm der Welt mitverbaut, im*

## Ministerium für Justiz
## *Dr. Volkmar Schöneburg*

Urteil erlaubt Verlegung Berliner Gefangener nach Brandenburg

Konstruktiven Gesprächen mit Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue zur Lösung von Kapazitätsproblemen im Justizvollzug steht nach Überzeugung von Brandenburgs Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg weiterhin nichts im Wege. Schöneburg: „Die Berliner FDP liegt falsch, wenn sie meint, die Justizsenatorin habe die Tür zu Gesprächen mit mir zugeschlagen, nur weil sie das Gesprächsangebot aus Brandenburg ‚unredlich' nannte. Die Tür zu Gesprächen ohne Denkschranken über Probleme des Vollzugs steht nach wie vor offen. Dies ist ein redliches Angebot. Es kann für alle nur von Vorteil sein, wenn Brandenburg und Berlin einen Weg finden, um im Strafvollzug die Probleme des Leerstandes hier und der partiellen Überbelegung dort gemeinsam vernünftig zu lösen. Geld,

das wir so sparen, kann effektiv der sozialen Gerechtigkeit zugute kommen."
Das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg erkennt in dem Beschluss des Kammergerichts Berlin vom 12. September 2008 kein generelles Hindernis für die Unterbringung Berliner Gefangener in Brandenburger Justizvollzugsanstalten. Das Kammergericht hatte entschieden, eine Mutter, deren Lebensmittelpunkt in Berlin liege, dürfe nicht in der von Berlin 80 Kilometer entfernt liegenden Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben untergebracht werden. Die Wiedereingliederung der Frau in die Gesellschaft könne erschwert werden, wenn auf Grund der großen Entfernung der Kontakt zur Familie leide.
Schöneburg: „Resozialisierung gehört zu den vorrangigsten Zielen meiner Justizpolitik. Derzeit bereite ich ein Resozialisierungsgesetz vor, mit dem die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zusätzlich erleichtert werden soll. Aber es gibt auch viele Gefangene ohne enge soziale und familiäre Bindung. Diese Menschen könnten sehr gut in Brandenburger Anstalten untergebracht und therapeutisch behandelt werden. Der Beschluss des Kammergerichts steht dem nicht entgegen."

## *Dankeschön*

*Völlig überrascht, angenehm überrascht waren die Mitglieder des Kleingartenvereins „Sonnenschein“ e.V. aus Pritzwalk, als ihnen anlässlich einer Pflanzentauschbörse für alle Pritzwalker Gartenvereine, eine Spende von 200,00 € überreicht wurde.*
*Uns ist ja seit längerem bekannt, dass die Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Kirsten Tackmann ihre Diätenerhöhung gemeinnützigen Organisationen spendet.*
*Die Pritzwalker Kleingärtner wurden für ihre funktionierende Seniorenarbeit und für die Eröffnung eines Info-Centers, in dem man alles über den Gartenbau und seiner gesetzlichen Grundlagen erfahren kann, bedacht.*
*Die Mitglieder des Vereins „Sonnenschein“ e.V. fühlen sich durch diese Spende darin bestärkt, dass es sich lohnt über den eigenen Gartenzaun hinwegzuschauen und die Gemeinschaft aller Kleingärtner zu pflegen, ihre Anlage als Naherholungsstätte für die Stadt zu gestalten und dabei noch umfangreiche Informationen anzubieten. Gerade die Senioren des Vereins stehen dabei stets ihren Mann.*
*Das eine hochrangige Politikerin der LINKEN solche kleinen Vereine erkundet und sie unterstützt, zeigt, Frau Dr. Kirsten Tackmann ist durch ihr hohes politisches Amt nicht abgehoben. Sondern sie sucht und findet die Verbindung zu den Menschen. Sofort entsteht auch der Wunsch nach politischen Gesprächen. Voller Anerkennung bedanken sich die Kleingärtner.*

*i.A. des Vereins*
*Manfred Löchel*
*Rosenwinkel*

*Liebe Genossinnen und Genossen,*

*die 1. Tagung des 2. Landesparteitages am 13. und 14. März 2010 werden eine Reihe von Wahlen vorzunehmen sein.*
*Neu gewählt werden*

- *der komplette Landesvorstand*
- *die Landesfinanzrevisionskommission*
- *die Landesschiedskommission*
- *die Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss*

*Wir möchten alle potentiellen KandidatInnen bitten, ihre Kandidatur in der Landesgeschäftsstelle bekannt zu machen.*
*Für die Erstellung eines Kandidatenheftes für die Delegierten bitten wir um die Zusendung folgender Daten bis spätestens 24.02.2010 an info@dielinke-brandenburg.de:*

- *Druckfähiges Foto im jpg-Format (mind. 400 x 600 Pixel)*
- *Name*
- *Geburtsdatum*
- *Beruf / Tätigkeit*
- *Politische Funktionen*
- *Angaben zur Familie*
- *Wohnort*
- *Kurze Begründung der Kandidatur (max. 15 Zeilen)*

*Außerdem solltet ihr bitte kenntlich machen, wofür ihr kandidiert. Gut ist auch immer die Angabe einer Telefonnummer für Rückfragen.*
*Bitte beachtet, dass wir alle Angaben (bis auf die Telefonnummer) auch auf unserer Homepage veröffentlichen werden. Natürlich sind auch danach noch Kandidaturen möglich, sie können dann jedoch nicht mehr für das Kandidatenheft berücksichtigt werden.*
*Für Rückfragen könnt ihr euch jederzeit an die Landesgeschäftsstelle wenden.*

*Mit freundlichen Grüßen*
*Maria Strauß*
*Landesgeschäftsführerin*

## *Einladung*
## *zur Gesamtmitgliederversammlung*

*am 10. März 2010 um 18.30 Uhr*
*im Hotel „Deutscher Kaiser“ in Perleberg, Bäckerstraße 18.*

*Themen:*
*„Die derzeitige Situation innerhalb unserer Partei“*
*„DIE LINKE vor dem Landes– und Bundesparteitag“*
*„100 Tage Rot-Rot in Brandenburg“*

## *Glühweinstand der Fraktion in der SVV und des Ortsverbandes Perleberg waren wieder erfolgreich*

Bereits zum 4.Mal waren Mitglieder der Fraktion im Stadtparlament und des Ortsverbandes gemeinsam mit weiteren Unterstützern auf dem Perleberger Weihnachtsmarkt mit einem Glühweinstand präsent. Der Dank gilt den über 20 Helfern, die ihre Bereitschaft zur Durchführung erklärten. Unter ihnen Harald Krause (Verantwortlicher für die „US“), Holger Schult, Jan und Thomas Domres, Michaela und Mario Pöpplau, Jürgen Hennig und Manfred Lokatis, die 6 und teilweise über 10 Stunden den wohlschmeckenden Glühwein an die Gäste des Weihnachtsmarktes ausschenkten. Selbstverständlich gilt auch Rainer Ramin unser Dank, der den Stand angemeldet und regelmäßig mit den entsprechenden Produkten versorgte. Neben dem Festtagsgetränk wurden auch die aktuelle Ausgabe und das Sonderheft des Rathaus-Gucker zu den Ortsteilen angeboten. Zum ersten Mal mussten die fleißigen Helfer den überwiegend vorherrschenden tiefen Temperaturen trotzen. Erst am letzten Tag konnten wir von der glorreichen Idee Herrn Bartels Gebrauch machen und die Bedingungen mit einem Propangasheizer angenehmer gestalten. Sicher gerät der Gedanke zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auch beim nächsten Mal nicht in Vergessenheit. Neben den Aktiven am Stand war es auch unseren Kunden zu verdanken einen erquicklichen Reinerlöß zu erzielen. Unser Dank gilt auch Hans Seiler, der Bilder aus seinem Schaffen zum Verkauf, zu Vorzugspreisen, bereitgestellt hat. Sie erbrachten 60,- €. Nach Abzug aller Unkosten konnten wir 570.- € für die Unterstützung gemeinnütziger Tätigkeit verbuchen. Die Hälfte davon konnte bereits an die Perleberger Tafel übergeben werden. Die 285,- € für den Chor des Gymnasiums werden in den nächsten Tagen ihren Empfänger erreichen. Erstmals wurde auch um Spenden für den Tierschutzverein gebeten. Für die, wenn auch nur, 34,17 € haben sich Frau und Herr Rühlker bei uns herzlich bedankt.

Wir werden auch in diesem Jahr unsere Tradition auf dem Perleberger Weihnachtsmarkt fortsetzen. Für Tipps und Ideen rund um die Gestaltung des Glühweinstandes sind wir offen und

hoffen auf viele Vorschläge.

*Jürgen Hennig*
*Ortsvorsitzender Perleberg*

*Harald Krause und Manfred Lokatis*

***Wir gratulieren nachträglich ganz herzlich im Monat Januar unseren Mitgliedern zum Geburtstag***

*Waltraud Babinowski*
*Anton Czarnetzki*
*Berthold Dehlke, Erwin Dreger*
*Hans-Joachim Dziedzinski*
*Regina Fechter*
*Elvira Golm, Ernst Gulde*
*Hellmuth Henseleit*
*Matthias Müller*
*Eberhard Neumann*
*Hans-Jürgen Rogalski*
*Wilhelm Rummel, Friedrich Rusch*
*Cornelia Vogelsang*
*Angelika Witting, Dora Wrede*

***Wir gratulieren ganz herzlich unseren Mitgliedern zum Geburtstag im Monat Februar***

*Peter Boas, Rüdiger Brenke*
*Brunhilde Deutsch*
*Ursula Fredrich, Erika Glaser*
*Günther Hase, Ilse Kramke*
*Anneliese Kohlhepp*
*Friedrich Land, Herbert Müller*
*Berthold Pawelka*
*Manfred Riske*
*Liese-Lotte Säwert*
*Edith Thiel, Gerda Thiele*
*Annemarie Warning*
*Heike Wiesenthal, Josef Würtz*

***im Monat März***

*Klaus-Dieter Bethke*
*Anni Broda, Ramona Dittrich*
*Heinz Fischer*
*Ines Heinicke*
*Freimut Huhnstock*
*Peter Krips, Edith Lindow*
*Manfred Löchel*
*Manfred Pawelka*
*Gerhard Plack*
*Ellen Preuß, Rainer Ramin*
*Svea Raßmus, Herta Rieckhof*
*Erna Rittmüller*
*Carmen Runge*
*Wolfgang Sill-Kauder*
*Jörg Steglich*
*Elfriede Tomzik*
*Ulrich Wiesenthal*
*Hartmut Winkelmann*

*„Das große Warum“ und „Viele Fragen an mich selbst“*

Bericht von einer Fahrt in die Gedenkstätte Auschwitz und nach Krakow.

25 Jugendliche aus ganz Brandenburg trafen sich am 8. November 2009 in Berlin und Cottbus, um gemeinsam zunächst nach Oswiecim, später weiter nach Krakow zu fahren. Ein volles Programm vor sich, offene Fragen und Unsicherheiten, aber auch Neugier auf neue Leute und Inhalte im Gepäck hatten sie sich für eine Gedenkstättenfahrt der Linksjugend ['solid] Brandenburg und dem Bildungswerk für Politik und Kultur entschieden.

Bereits bei einem Vorbereitungstreffen einige Wochen zuvor hatten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen darüber diskutiert, wie die Gesellschaft des Holocausts aussehen könnte: Wer waren Täterin oder Täter, wer Mitläuferin oder Mitläufer, wer wurde zum Opfer gemacht und wer blieb passive(r) Zuschauerin und Zuschauer?
Diese schematischen Kategorien versuchte die Gruppe auch im ehemaligen Stammlagers Auschwitz I und in Birkenau wieder zuerkennen – der Besuch fiel auf den 9.11., also genau 71 Jahre nach dem Beginn der „Novemberpogrome“.

*Jüdisches Leben in Polen und Krakow heute*

Nach der intensiven Auseinandersetzung mit den ehemaligen KZs Auschwitz und Auschwitz-Birkenau, aber auch nach weiteren inhaltlichen Workshops zu Themen wie „Jüdischen Widerstand“, „Zwangsarbeit“ und „Antisemitismus“ ging es weiter nach Krakow. In der quirligen Studenten-Stadt lebten bis zum Überfall der Deutschen ca. 70 000 Juden, nur noch wenige Hundert sind es heute. Auf den Spuren des einst vielfältigen jüdischen Lebens wandelte die Gruppe dennoch: Im Viertel Kasimierz besichtigte sie die erhaltenen Synagogen, den alten Friedhof und die Markthallen am Plac Novy.

Doch auch hier stößt man schnell auf die Vernichtung durch die Faschisten: Im Stadtteil Podgorze richteten sie nach der Eroberung der Stadt ein Ghetto ein, nicht weit davon entfernt wurde auf dem Gelände eines jüdischen Friedhofs das KZ Plaszow errichtet; die Grabsteine dienten hier zur Pflasterung der Lagerstraße.

Heute zeugen nur noch vereinzelte Gedenksteine von der Geschichte des Ortes, dessen grüne Wiesen zwischen Wohn- und Gewerbegebieten eingebettet sind – ein deutlicher Gegensatz zur Gedenkstätte Auschwitz mit ihren Millionen jährlichen Besucherinnen und Besuchern.

*Diese Bildungsfahrt wurde durch den Landtagsabgeordneten Thomas Domres mit gesponsert.*

***Daniel Poensgen***
***Jugendbildungskoordinator*** *['solid]*

Erster Politfrühschoppen zu „ Landtag aktuell“

Unter den Gedanken und Vorschlägen zur Arbeit unseres Kreisverbandes nach der Bildung der ROT-ROTEN Regierung in Brandenburg war auch jener,

einen solchen Polit-Frühschoppen ins Leben zu rufen. Ca. 20 Interessierte folgten am Sonntag, den 24.Januar der Einladung unseres Kreisvorsitzenden und MdL Thomas Domres.

Ziele dieser Zusammenkunft sind, unsere Mitglieder, Sympathisanten und Wähler aktuell über die Arbeit des Landtages und der neuen Regierung zu informieren, darüber zu diskutieren, aber auch den Meinungsaustausch zur Situation in unserer Partei zu führen.

Die inhaltlichen Darlegungen zur letzten Landtagssitzung und zum Umgang mit den Oppositionsparteien machten deutlich, dass dieser Umgang ein völlig anderer ist als noch vor 4 Monaten. So werden Anträge der Opposition nicht einfach abgeschmettert, sondern werden, wie es in Parlamenten üblich sein sollte, in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen. Auch der Zugang zu Informationen aus den verschiedensten Ministerien ist als Abgeordneter der

Regierungspartei einfacher und schneller geworden, was die Arbeit unserer Abgeordneten enorm erleichtert. Fragt man sich schon warum das so ist, wo doch alle Abgeordneten den gleichen Eid abgelegt haben, im Interesse Brandenburgs und seiner Bürger zu wirken. Darüber lohnt es sicher einmal nachzudenken und gegebenenfalls eine solche Praxis zu ändern, auch wenn die Fraktion der Linken 20 Jahre, als Opposition damit leben musste. Die anschließende sachliche Diskussion u.a. zur Vergabe von Bahnstrecken, zum neuen Abgeordnetengesetz mit den damit verbundenen Neuregelungen zu den Abgeordnetenentschädigungen ließ erkennen, wie wichtig es ist, sich zu diesen und anderen Fragen auszutauschen, um den an uns gestellten Anforderungen immer besser gerecht werden zu können. Das trifft auch auf den von uns gewollten Meinungsaustausch zur aktuellen Situation in unserer Partei zu.

Die Teilnehmer schätzten den ersten Politfrühschoppen „Landtag aktuell“ als gelungene Veranstaltung ein, dem unbedingt weitere folgen müssen. Das ist auch deshalb wichtig, weil Gesamtmitgliederversammlungen allein dem Wunsch nach einem unbedingt notwendigen Meinungsaustausch zur Arbeit des Landtages und zur aktuellen Situation in unserer Partei nicht gerecht werden können.
Das nächste Mal besteht dazu die Gelegenheit am Sonntag, den 28.02.2010 um 10.00 Uhr im Hotel „Deutscher Kaiser“ in Perleberg, Bäckerstraße 18.

*Jürgen Hennig, Perleberg*

Liebe Leser ,

für alle Beiträge aus Eurer Feder, die wir in US veröffentlichen sollen, wollen wir eine neue Rubrik einrichten. Beiträge aus allen Bereichen des Lebens sind unter den angegebenen Adressen schriftlich, mündlich oder per e -mail willkommen.
Adressen: siehe Seite 16

***Bundestagsreport***

Nicht, dass ich viel erwartet hätte von dieser schwarz gelben Bundesregierung.
Ich habe sie ja deshalb nicht gewählt. Merkwürdigerweise trifft man auch kaum mehr jemanden, der sich zu dieser Miss-Wahl noch offen bekennt.
Die Bilanz dieser Koalition ist allerdings noch ernüchternder, als befürchtet. Da bekennt Verteidigungsminister zu Guttenberg immerhin kriegsähnliche Zustände in Afghanistan – und schickt noch mehr Bundeswehrtruppen hin, obwohl Recht behalten wird: mit Krieg bezwingt man keinen Terror, weil mit jedem zivilen Opfer mehr Hass entsteht.
Da wird ein Bundeshaushalt mit Rekordverschuldung vorgelegt, die FDP fordert aber weitere Steuererleichterungen auf Kosten des Sozialstaates. Wo ist eigentlich das extradicke Sparbuch geblieben, dass Guido Westerwelle bei jeder Haushaltsdebatte medienwirksam auf das Rednerpult des Bundestages ablegte, als er noch in der Opposition war? Nun fällt ihnen nur noch ein, wie man bei den Ärmsten der Armen sparen kann. Während zum Beispiel Gutverdiener über den erhöhten Kinderfreibetrag etwa 40 Euro mehr pro Kind auf dem Konto behalten können, bleibt es bei Normalverdienern nur bei den 20 Euro mehr Kindergeld, die wiederum die Hartz IV Betroffenen auch nicht bekommen, weil sie auf den Regelsatz angerechnet werden.
Dafür werden reiche (!) Erben von ihrem schon unter schwarz-rot reduzierten Beitrag zum Gemeinwohl von schwarz-gelb weiter »entlastet«, obwohl dieses leistungslos erworbene Eigentum klar unter Artikel 14 Grundgesetz fällt:
Eigentum verpflichtet und muss zum Gemeinwohl verwendet werden.
Gesundheitsminister Rösler schießt allerdings den größten Bock. Seine Kopfpauschale ist nichts weiter als das Prinzip Hartz IV im Gesundheitswesen und die endgültige Verabschiedung von der solidarischen Finanzierung, die von rotgrün eingeleitet und von schwarz-rot fortgeführt wurde. Nun soll das Prinzip gänzlich beseitigt werden. Alle sollen nun auch in den gesetzlichen Krankenkassen unabhängig vom Einkommen den gleichen Beitrag zahlen. Wer das nicht kann, wird mit Steuergeldern gestützt.
Die Zeche zahlen also auch wie-

der mehrheitlich die Lohnsteuerzahler/innen. So sieht die schwarz-gelbe Gerechtigkeit für die »Leistungsträger der Gesellschaft« aus.

Aber unterdessen muss man sich über so unsinnige politische Vorschläge ja nicht mehr lange wundern. Ein Blick in die Parteispendenlisten erklärt so manches Mysterium sehr irdisch.

*Dr. Kirsten Tackmann, MdB*

---

*Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Dezember 2009*

*Grundsätze und Zeitplan für die Führung der Programmdebatte*

1. Die Programmdebatte wird vom Parteivorstand und von den Landesvorständen der Partei DIE LINKE geführt. Verantwortlich ist die Programmkommission. Die Landesvorstände werden beauftragt, ihrerseits Verantwortliche für die Programmdebatte zu bestimmen.

2. Die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei werden gebeten, ihre Vorschläge und Hinweise zum neuen Parteiprogramm vorrangig an die Programmkommission der Partei zu übermitteln, die diese dann dem Parteivorstand übergibt. Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei, die vor allem in Zusammenschlüssen am Parteileben teilnehmen, werden gebeten, ihre Vorschläge und Hinweise zum neuen Parteiprogramm vorrangig an die Bundessprecher/innen der Zusammenschlüsse der Partei zu übermitteln, die diese dann der Programmkommission übergibt.

3. Die Programmkommission der Partei arbeitet im Auftrag des Parteivorstandes. Es handelt sich dabei um ein Arbeitsgremium, das von den beiden Parteivorsitzenden geleitet wird. Die Programmkommission informiert den Parteivorstand regelmäßig über Inhalte der Programmdebatte und unterbreitet Vorschläge zur Gestaltung des Diskussionsprozesses.

4. Eine kontinuierliche Information über den Verlauf und die Inhalte der Programmdebatte erfolgt im Internet unter www.die-linke.de, im Newsletter des Parteivorstandes und in der Mitgliederzeitschrift DISPUT. Die Landesvorstände werden gebeten, die Programmdiskussion gleichfalls öffentlich zu führen.

5. Zeitplan für die Führung der Programmdebatte:

*Februar / März 2010:*

Veröffentlichung eines Entwurfes zu einem neuen Programm der Partei DIE LINKE. (Verantwortlich: Programmkommission)

Beginn der Programmdebatte.
*Mai 2010:*
Zwischenbericht zum Stand der Programmdebatte (als schriftliche Information an den Rostocker Bundesparteitag).
*September / Oktober 2010:*
Regionalkonferenzen zur Programmdebatte.
*November 2010:*
Programmkonvent der Partei DIE LINKE mit thematischen Foren. Die Anzahl der Foren ist festzulegen. (Verantwortlich: Programmkommission)
*Ende 2010:*
Abschluss des ersten Abschnitts der Parteidebatte.
*Im 1. Quartal 2011:*
Veröffentlichung eines 2. Entwurfes für ein neues Programm der Partei DIE LINKE (Verantwortlich: Programmkommission)
*Mai / Juli 2011:*
Debatte zum 2. Entwurf für ein neues Programm der Partei DIE LINKE.
*September 2011:*
Veröffentlichung des Entwurfs für ein neues Programm der Partei DIE LINKE als Leitantrag des Parteivorstandes an den Bundesparteitag
*Oktober / November 2011:*
Verabschiedung des neuen Programms der Partei DIE LINKE auf einem Bundesparteitag.

*Zur Führung der Programmdebatte in der Partei DIE LINKE*
Der Parteivorstand stellt das Ziel, im Jahr 2011 ein neues Programm der Partei DIE LINKE zu verabschieden. Er lädt Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei ein, sich aktiv an der Programmdebatte zu beteiligen und Vorschläge zu unterbreiten.

*Die Redaktion erhielt die Information, dass die Programmkommission den Entwurf am 22. März vorlegen wird und dieser dann in einem Disput Extra ab Mitte April zur Verfügung steht.*
*Der KV hat 250 Exemplare bestellt.*

Schriftliche Wortmeldungen bitte an:

*Parteivorstand DIE LINKE,*
*Bundesgeschäftsstelle*
*– Programmkommission –*
*Kleine Alexanderstraße 28*
*10178 Berlin*

Allen Genossinnen,
Freundinnen und
Sympathisantinnen
Herzlichen Glückwunsch
zum
Internationalen
Frauentag

„UNSERE SICHT“ wird von
DIE LINKE.Prignitz herausgegeben.
V.i.S.d.P.: Sabine Ott/KV PR
Redaktion: Harald Krause, Christian Elger OV Wittenberge, Jürgen Hennig OV Perleberg, Sabine Ott GF.
Um weitere Redaktionsmitarbeit aus den BO´n wird ausdrücklich gebeten.
Beiträge bitte an:
DIE LINKE. Prignitz
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg oder
Mail: vorstand@dielinke-prignitz.de

Spenden können auf das Konto:
DIE LINKE. Prignitz
***KontoNr.: 1404199***
***BLZ: 160601 22 bei der Volks - und Raiffeisenbank Prignitz e.G.***
überwiesen werden.

Die **Veröffentlichungen** müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Zuschriften vor.

**DIE LINKE. KV Prignitz**
**OV Perleberg**
**Kreistagsfraktion**
**Fraktion in der SVV Perleberg**
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
T.03876 300131 / F.03876 300133
Mail:vorstand@dielinke-prignitz.de
fraktion-kreistag@dielinke-prignitz.de
fraktion-perleberg@dielinke-prignitz.de
www.dielinke-prignitz.de

**DIE LINKE. Pritzwalk**
**Fraktion in der SVV Pritzwalk**
Bürgerbüro „mittendrin“
Marktstraße 42
16928 Pritzwalk
T./F. 03395 302492
www.dielinke-pritzwalk.de

---

**DIE LINKE. Wittenberge**
**Fraktion in der SVV Wittenberge**
Karl-Marx-Str. 31
19322 Wittenberge
T./F. 03877 403891
www.dielinke-wittenberge.de

---

**MdL Thomas Domres**
Bürgerbüro
Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
T. 03876 616840 / F. 03876 616841
T. 0331 9661536 / F. 0331966 1507
Mail: dialog@thomas-domres.de
www.thomas-domres.de

**MdL Dieter Groß**
Wahlkreisbüro,
Marktsstraße 13
16909 Wittstock
T. 03394 402 460
Mail: linke_wittstock@t-online.de
ra.gross@gmx.de

---

**MdB Dr. Kirsten Tackmann**
Bürgerbüro „LINKS-ECK“
Wilsnacker Str. 1
16866 Kyritz
T. 033971 32857 / F. 033971 32893
T. 030 22774308 / F. 030 22776308
Mail: kirsten.tackmann
@bundestag.de
www.kirsten-tackmann.de